

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

21.02.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Baumaßnahmen zum Schutz von Atommüll-Lager haben begonnen</b> <i>Berliner-Zeitung.de, 21.02.2024</i> .....	3
2   <b>Zurück zur Atomkraft</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 21.02.2024</i> .....	4

## Baumaßnahmen zum Schutz von Atommüll-Lager haben begonnen

### Gorleben

*Der Standort im Wendland wird kein Atommüll-Endlager. Dennoch lagern hier noch Jahrzehnte radioaktive Abfälle. Zum Schutz vor Terrorangriffen soll unter ande...*

Zum Schutz des niedersächsischen Atommüll-Zwischenlagers Gorleben zum Beispiel vor Terrorattacken wird eine Schutzwand rund um die Halle mit hochradioaktiven Abfällen errichtet. Auch eine neue Sicherungszentrale soll in den nächsten drei bis dreieinhalb Jahren entstehen, wie die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auf dpa-Anfrage mitteilte. Über die Bauvorbereitungen hatte zunächst die „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ berichtet.

„Der Schutz der Zwischenlager gegen Terroranschläge oder kriminelle Handlungen wird permanent neu bewertet und an sich verändernde Bedrohungslagen angepasst“, sagte ein BGZ-Sprecher. Auch Maßnahmen aus dem Bereich der IT-Sicherheit und der Umbau der Hauptzufahrt zählten zu dem Projekt.

### Kritik an geplanter Schutzmauer

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg kritisierte die geplante Schutzmauer. Die nur 20 Zentimeter starke Decke der Halle sei der Schwachpunkt, vor allem im Fall eines Flugzeugabsturzes, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative, Wolfgang Ehmke.

Der Betreiber wies diese Kritik zurück. Die Sicherheit

der Zwischenlagerung sei auch vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung als zuständiger Genehmigungsbehörde geprüft und bestätigt worden, hieß es.

### In Gorleben wird noch zehn Jahre Atommüll gelagert

Nach jahrelangem Streit um den Standort Gorleben war der Salzstock im Landkreis Lüchow-Dannenberg im Jahr 2020 aus der Endlagersuche für Atommüll herausgefallen. Er bleibt aber noch lange Atommüllstandort: Gorleben hat ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie ein Lager mit Transportbehältern mit hochradioaktivem Müll (Castorlager). Die Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben erlischt 2034.

Eine verlängerte Zwischenlagerung sei notwendig, da die Bundesgesellschaft für Endlagerung frühestens in den 2040er-Jahren mit der Benennung eines Endlagerstandorts für hochradioaktive Abfälle rechne, sagte der BGZ-Sprecher. Dann werde es noch mehrere Dekaden dauern, bis das Endlager gebaut und alle Behälter an dieses abgegeben seien. So lange würden die Behälter mit den hochradioaktiven Abfällen in Gorleben zwischengelagert.

📰 Süddeutsche Zeitung | 21.02.2024 | S. 14

📄 Auflage: 125.655 | Reichweite: 553.264

👤 Michael Bauchmüller

## Zurück zur Atomkraft

*Führender CDU-Politiker hält Atomausstieg für einen Fehler und will neue Reaktoren bauen.*

**Essen** – Peter Liese hat lange nachgedacht. „Ich gebe ganz offen zu: An dem Fehler habe ich mitgewirkt“, sagt er. Aber jetzt lägen die Dinge anders, ganz anders. Liese, 58, ist Spitzenkandidat der nordrheinwestfälischen CDU für die Europawahl. Seit 30 Jahren sitzt er schon im Europaparlament, er gilt als profilierter Klimapolitiker. Und jetzt will er, dass Deutschland über den Neubau von Atomkraftwerken nachdenkt. „Ich weiß, wie teuer neue Kernkraftwerke sind“, sagt er. Aber Deutschland müsse wieder offener werden dafür. „Wir sollten uns nicht zu abhängig machen von Energieimporten“, findet er.

Liese ist, wie viele andere Spitzenleute aus Politik, Behörden, Konzernen und Thinktanks, an diesem Nachmittag zu Gast beim Führungstreffen Energie der **Süddeutschen Zeitung** in Essen. Es geht dort um den Umbau in deutschen Heizkellern, um saubere Mobilität, den Ausbau der Netze – aber nun, kurz vor Beginn des Europawahlkampfes, auch wieder um die Atomkraft.

### Andere Länder kämpfen mit Kosten und Zeitverzug

Seit Längerem arbeitet die Union hier an einer Kurskorrektur. 2011, nach dem Unglück von Fukushima, war eine schwarzgelbe Bundesregierung ausgestiegen. Auch Liese war damals dafür – das ist jener „Fehler“, den er heute bereut. Im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der CDU heißt es nun, Deutschland könne „zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten“. Dazu gehörten auch Reaktoren der „vierten und fünften Generation“. Die müssten allerdings erst neu gebaut werden. Inzwischen habe sich die Stimmung im Land gedreht, sagt Liese. „Die Menschen haben umgedacht in den letzten Monaten. Sie sehen, wie schwierig es ist, allein auf Gas und Fossile und Erneuerbare zu setzen.“

Beim Führungstreffen stößt Liese mit der Forderung ausgerechnet auf den grünen Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Wenzel, einen Atomkraftgegner. Über die vielen Probleme aktueller Neubauprojekte, etwa bei Bauzeiten und Kosten, wolle er jetzt noch nicht ein-

mal reden, entgegnet der. Stattdessen argumentiert er mit Auflagen und neuen Abhängigkeiten. „Die Sicherheitsanforderungen sind unter der Prämisse der Abwesenheit von Krieg geschrieben worden“, sagt Wenzel. Nun, angesichts des Krieges in der Ukraine, müssten die noch einmal strikter sein – was abermals die Kosten neuer Projekte erhöhen würde. Zudem beherrsche Russland den globalen Uran-Markt. Wer etwa für einen Reaktor neuer Bauart hoch angereichertes Uran brauche, mache sich „zu hundert Prozent neu abhängig von Russland“. Und das könne ja nun keiner wollen.

Erst vorigen Monat war bekannt geworden, dass eines der größten europäischen Atomprojekte, der britische Reaktor Hinkley Point C, bis zu 41 Milliarden Euro kosten könnte. Bauherr EDF rechnet internen Mails zufolge mit einer Inbetriebnahme erst 2027, womöglich erst 2029. Auch beim Reaktor Flamanville 3 kämpft der französische Konzern mit Kostensteigerungen und Zeitverzug. Ursprünglich hatte er schon 2012 in Betrieb gehen sollen. Geht die Anlage in diesem Jahr in Betrieb, wären das zwölf Jahre Verspätung.

Freunde finden Lieses Neubau-Ideen jedenfalls unter den Führungskräften aus der Wirtschaft nicht. „Das ist eine Schattendiskussion. Die hilft uns nicht“, sagt etwa Georg Müller, Chef der Mannheimer MVV Energie, einem der größten Stromversorger im Land. Auch die klassischen Akw-Betreiberfirmen RWE und Eon hielten diese Diskussion „für illusorisch“. „Wir müssen auch mal akzeptieren, dass wir mittlerweile zwei Bundesregierungen hatten, die diesen Ausstieg beschlossen haben, nämlich grün-rot und schwarz-gelb“, findet der Manager.

Das sieht auch der Chef des Stahlwerks Georgsmarienhütte so, Alexander Becker. Zwar hätte er die bestehenden Atomkraftwerke gerne noch länger am Netz gelassen. Für die Zukunft brauche es aber mehr erneuerbare Energien. „Das ist der einzige Weg nach vorne.“ Ohnehin seien die Probleme der Industrie nun akuter Natur, und die lägen nach wie vor in zu hohen Energiepreisen. Deutschland stehe vor einer Deindus-

trialisierung „in einem Ausmaß, wie man es die letzten 70 Jahre nicht erlebt hat“. Es brauche sofort eine Antwort auf die hohen Strompreise im Land, et-

wa durch einen Brückenstrompreis. „Wenn wir so weitermachen“, warnt Becker, „werden wir viele, viele Arbeitsplätze verlieren in Deutschland.“